



## Zitat des Tages

**“Ich lasse in Friedrichshafen viele Menschen zurück, die mir wichtig waren“,**

sagt Pfarrerin Pamela Barke im Gespräch mit der Schwäbischen Zeitung. Am Sonntag wird die 46-Jährige in der Schlosskirche verabschiedet. • LOKALSEITE 6

## Übrigens

### Kommunalpolitik tut gar nicht weh

Von Tanja Poimer

Stell' Dir vor, es ist Gemeinderatswahl und keinen interessiert! Derart dramatisch ist es im Bodenseekreis nicht. Doch scheinen Kandidatenvorstellung, Diskussionsrunde und Informationsveranstaltung bei vielen Wahlberechtigten auf der Liste der Dinge, die es unbedingt zu vermeiden gilt, nicht sehr, sehr weit hinter Wurzelbehandlung, Schultereinrenken und Darmspiegelung zu rangieren. Wie jedenfalls von Parteien und Gruppierungen zu hören ist, sind die Besucherzahlen vergleichbar mit denen im Häfler Strandbad am dritten Advent. Soll heißen: Abzüglich der Kandidaten selbst, der Ehepartner und all derer, die aufgrund familiärer Verwicklungen um nichts in der Welt woanders sein wollen, sind die Gäste im schlimmsten Fall an einem Finger abzuzählen. Wir von der Schwäbischen sind dagegen mit von der Partie: Wir bedanken uns bei allen, die sich zur Wahl stellen, Zeit und Kraft investieren und Verantwortung übernehmen wollen. Und den anderen, die bislang durch Abwesenheit glänzen, rufen wir zu: Nutzen Sie die Veranstaltungen – natürlich vor allem unsere – als Entscheidungshilfe, wer die Zukunft Ihrer Gemeinde/Stadt gestalten soll. Unser Versprechen: Kommunalpolitik tut nicht weh. Zumindest nicht so wie eine Wurzelbehandlung.

## So erreichen Sie uns

Redaktion 07541/7005-300  
 Fax 07541/7005-310  
 redaktion.friedrichshafen@schwaebi-  
 kleinanzeigen 0751/29 555 444  
 Geschäftsanzeigen 07541/7005-200  
 Aboservice 0751/29 555 555  
 Anschrift Schanzstraße 11,  
 88045 Friedrichshafen  
 • schwäbische.de



Ein so schöner Platz zum Spielen, wie die Kinder im Sankt Nikolaus Kindergarten einen haben, sollte für alle Kinder in Friedrichshafen bereit stehen. Das lässt sich die Stadt im nächsten Jahr eine Menge kosten. FOTO: MICHAEL SCHEYER

## Stadt zahlt 19,76 Millionen Euro für KiTa

Kultur- und Sozialausschuss diskutiert Kindergartenbedarfsplan

Von Ralf Schäfer

FRIEDRICHSHAFEN - Nicht spektakulär aber doch wegweisend dürfte die Empfehlung des Kultur- und Sozialausschusses sein, den Zweitkräften in den Kindertageseinrichtungen mehr Geld zu zahlen, wenn ihre Arbeit der einer Erstkraft entspricht.

Das zumindest war Kernpunkt der Beratung zum Kindergartenbedarfsplan. Die CDU behält sich für den Gemeinderat am 28. Mai zudem den Antrag vor, auch die Gruppenleiterinnen besser zu bezahlen, damit es nicht zu einer Kluft zwischen Erst- und Zweitkräften käme.

Sollte der von der Verwaltung vorgeschlagenen Empfehlung auch im Gemeinderat gefolgt werden, heißt das zum einen 242 500 Euro Mehrkosten, zum anderen aber auch motivierte Erzieherinnen und bessere Aussichten auf Fachkräfte, wo sie gebraucht werden. Friedrichshafen ist im Vergleich zu umliegenden Kommunen ins Hintertreffen geraten, was die Vergütung von Erzieherinnen angeht.

Insgesamt zahlt die Stadt im Kindergartenjahr 2014/2015 rund 19,76 Millionen Euro für die Kinderbetreuung, davon kommen 19,2 Millionen Euro von der Zeppelin Stiftung, etwa 6,4 Millionen Euro davon sind freiwillige Leistungen wie die Einstellung von Hauswirtschaftskräften, die FSJ-Kräfte, Ausgaben für die

Heilpädagogik oder die geforderte Höherbezahlung der Erzieherinnen. Im Vergleich zum Vorjahr sind das rund 840 000 Euro mehr.

Die Krux des Kindergartenbedarfsplanes in Friedrichshafen sind nicht fehlende Plätze, sondern die Probleme, wirklich allen Wünschen der Eltern auch gerecht werden zu können. Wenn Julia Schwär als zuständige Verwaltungsmitarbeiterin die Zahlenlage des Bedarfsplanes darstellt, sieht alles noch sehr gut aus. Die Versorgungsquote, also die Anzahl der Plätze in den Einrichtungen für die Häfler Kinder ist sehr gut, „Wir können aber nicht garantieren, dass alle Plätze sich dort befinden, wo die Eltern das auch haben wollen“, sagt Amtsleiterin Annette Bürkner im Amt für Bildung, Familie und Sport, und Julia Schwär führt weiter aus, dass es bei der Kindergartenbedarfsplanung eher um die Bedarfsgerechtigkeit gehe. „Wir müssen unterscheiden zwischen dem, was die Eltern wünschen und dem, was sie brauchen.“ Insofern würde die Stadt in erster Linie deren Notwendigkeiten berücksichtigen. Dem werde man auch immer gerecht. Nicht allerdings an den Orten, an denen die Eltern sich dies wünschen würden.

### Hier entstehen neue Gruppen

In Friedrichshafen werden für die kommenden Jahre dreistellige Zuwachszahlen bei den zu betreuenden Kindern erwartet. An folgenden Stellen entstehen in Kürze neue Betreuungsplätze:

- Riedlepark:** Eine Krippengruppe mit zehn Plätzen durch Erweiterungsbau.
- Waldorfindergarten:** Eine Krippengruppe mit zehn Plätzen durch Erweiterungsbau.
- Habakuk:** Neubau und Erweiterung befinden sich in Planung und sind abhängig

- vom Sportpark.
- Swiss International School:** Durch Umzug in den Fallenbrunnen und Erweiterung entsteht hier eine Kindertagesstätte.
- Karl-Olga-Park:** Hier entsteht eine neue Zwei-Gruppen-Einrichtung.
- ZF-Betriebs-KiTa:** An dieser Stelle entsteht eine neue Vier-Gruppen-Einrichtung.
- Vor allem durch diese Angebote** werde sich der Druck auf die vornehmlich nachgefragte Ganztagsbetreuung verringern, sagt Bürgermeister Peter Hauswald.

Auch der Gesamtelternbeirat, der eine Stellungnahme zum Bedarfsplan abgab, legte den Finger in diese Wunde. Man müsse vermehrt Ganztagsplätze schaffen. Die Angebote der Stadt und der Träger der Kindertageseinrichtungen würden sich nicht mit der Nachfrage der Eltern und der Unternehmen decken. Ferner sei der Mangel an Fachkräften dringend auszugleichen.

### Bürgermeister widerspricht

Hier hatte die Stadt bereits vorgeschlagen, die Zweitkräfte besser zu entlohnen, sofern ihre Arbeit sich mit der der Erstkräfte decke. Die CDU will jedoch auch die Gruppenleiterinnen besser bezahlen, damit die nicht in die Nachbarschaft auswandern würden. CDU-Stadträtin Mirjam Hornung hatte sich dazu gemeldet und angekündigt, dass sich die CDU einen Antrag dazu für den Rat vorbehalte.

Bürgermeister Peter Hauswald widersprach diesem Ansinnen jedoch massiv. Die Entlohnung der Erzieherinnen sei mit den anderen Trägern abgestimmt und dürfe jetzt nicht von der Stadt im Alleingang geändert werden. Das sei erst im kommenden Jahr zu klären.

Die Idee der CDU fand auch bei den anderen Fraktionen mit Ausnahme der Grünen Zustimmung, sodass diese Frage im Gemeinderat noch einmal spannend werden könnte.

## ANZEIGE

**Golfclub Rochushof**  
 Deggenhausertal

**Golf-Schnupperpaket**  
 48,- €

Infos/Buchung: Golfanlage am Rochushof Unterhornberg 4, 88693 Deggenhausertal  
 Telefon 075 55/91 96 30  
 E-Mail: rochushof@t-online.de  
 www.golfclub-rochushof.de

## Bürgerinfo zum Karl-Olga-Haus

FRIEDRICHSHAFEN (sz) - Am Montag, 19. Mai, lädt die Stadt Friedrichshafen zu einer Bürgerinformationsveranstaltung in die Messehalle A 2 ein. Beginn der Veranstaltung ist um 19 Uhr. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen.

In der Bürgerinformation werden das Wettbewerbsergebnis, die Untersuchungsergebnisse zur Substanz des jetzigen Karl-Olga-Hauses, die Kostenschätzungen sowie der weitere Prozess der Bürgerbeteiligung vorgestellt. Im Anschluss an die Präsentation haben die Bürger die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen. Anhand der Pläne, die in einer kleinen Ausstellung dargestellt werden, können die Bürger zusätzlich mit Oberbürgermeister Andreas Brand sowie den Projektbeteiligten ins Gespräch kommen. Die Bürger haben die Möglichkeit, bis 15. Juni Stellungnahmen abzugeben. Der Gemeinderat wird voraussichtlich am 28. Juli seinen Beschluss fassen. Für Besucher, die mit dem Pkw anfahren wollen, steht der Parkplatz bei der Messehalle A 2 zur Verfügung. Wer mit dem Bus zur Messe kommt, kann die Linie 5 zwischen Stadtbahnhof und Messe nutzen. Die Busse der Linie 5 werden am 19. Mai im Halbstundentakt bis 22 Uhr zwischen Messe und Stadtbahnhof pendeln.

Die Rückfahrten ab Messe West starten halbstündlich zu den Minuten .02 und .38. Der letzte Bus in Richtung Stadtbahnhof fährt um 22.02 Uhr ab. Für die letzte Rückfahrt um 22.02 Uhr steht ein weiterer Bus bereit.

## Staatsrätin will Bürger systematisch beteiligen

Gisela Erler erklärt im Graf-Zeppelin-Haus, welche Vorteile öffentliche Stellen von Bürgerbeteiligung haben

Von Michael Scheyer

FRIEDRICHSHAFEN - Das Ziel sei es, hat Gisela Erler einmal in einem Gespräch mit der Schwäbischen Zeitung gesagt, dass ihr Amt als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung irgendwann nicht mehr gebraucht werde. „Wir sind auf einem guten Weg“, resümierte die Grünenpolitikerin den gegenwärtigen Stand in Baden-Württemberg am Mittwochabend nach einer Gesprächsrunde mit Oberbürgermeister Andreas Brand und Landrat Lothar Wölfl. Ins GZH eingeladen hatte der Stuttgarter Verein „Allianz für Beteiligung“.

„Was wir uns fragen“, sagte Gisela Erler außerdem, „ist, wie man systematisch die Bürgerbeteiligung in die Politik integrieren kann.“ In der Gesprächsrunde zuvor hatte die Staatsrätin gängige Methoden kritisiert: „Bürgerversammlungen dienen oft nur den Platzhirschen, die aufstehen und sich den Schädel einschlagen.“ Wissenschaftliche Arbeiten zeigten aber, dass kleine Gruppen, die im Stillen arbeiten, viel differenziertere



Gisela Erler im Gespräch mit Landrat Lothar Wölfl. FOTO: PR

Gespräche führten. Deren Teilnehmer seien in der Regel auch einsichtiger. „Es gibt wenige Bürger, die nicht verstehen, dass Geld endlich ist.“

Volksentscheide würden überbewertet. „In der Schweiz haben sie nur wenig Bürgerbeteiligung. Die stimmen halt ab.“ Als Korrektiv seien Volksentscheide zwar wichtig. Aber sinnvoller wäre es, Antithesen – ent-

weder dafür oder dagegen – zu vermeiden. Dies verhärtete Fronten. Im Falle von echter Teilhabe von Bürgern jedoch, bei der öffentliche Stellen ernsthaftes Interesse an der Mitwirkung der Bürger hätten, würden Projekte meist schneller und vor allem kostengünstiger abgeschlossen, sagte die Staatsrätin. „Wer am Anfang mehr investiert, hat am Ende weniger Widerstand.“ Landrat Wöl-

fler bezeichnete das Zusammenspiel von Bürgern und Politik im Bodenseekreis als Ergebnis einer „Philosophie des Vertrauens“ und OB Brand sprach sich gegen eine Herrschaft von Politikern aus.

### Mitreden und Mitgestalten

Die Gesprächsrunde war ein Teil der Veranstaltung „Mitreden und Mitgestalten für alle“, die von der Allianz für Beteiligung zusammen mit dem Landratsamt Bodenseekreis, der Stadt Friedrichshafen und dem Landkreisnetzwerk Bürgerengagement und Ehrenamt am Mittwoch organisiert wurde. Etwa 80 Teilnehmer nahmen im Anschluss an die Gesprächsrunde an einem Diskussionsworkshop teil.

In Gruppen fanden sie sich zusammen, um über eines von drei vorgeschlagenen Themen zu sprechen: Wie könnte die Beteiligung sogenannter „stiller Gruppen“, Migranten und Behinderte beispielsweise, verbessert werden; wie könnte das Internet besser genutzt werden; wie sieht es mit der Bürgerbeteiligung in der Region aus?

## ANZEIGE

**Haben Sie unser Finn Comfort - Prospekt beachtet?**

**SCHUH TRAPP**  
 Friedrichstraße 28 – 30, Friedrichshafen